



schweizer monat

SEIT 1921

Ausgabe 1000
Oktober 2012
CHF 19.50 / Euro 16,50

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Ulrich Beck über ein brennendes Europa

Jobst Wagner über den Strategierat 21

Xenia Tchoumitcheva über Realitätsabgleich

Hermann Lübbe über Regeln für den Kapitalismus

Charles Lewinsky über Bünzlis und Feen

Ausgabe **Gerhard Schwarz** über Semisozialismus

10000 **Philippe Mastronardi** über Selbstbestimmung als Illusion

Georg Franck über den Wert der Aufmerksamkeit

Rolf Lyssy über den Ballast der Eitelkeiten

Thomas Minder über Bundesbern

Beat Wyss über das schlechte Gewissen der Marktwirtschaft

Andreas Thiel über die Vorzüge der Anarchie

Wolfgang Sofsky über die Einsamkeit auf dem Mars

Christian Kracht exklusiv im Literarischen Monat

Strategierat 21

Engagierte Schweizer Bürger, vereinigt euch! Das Land braucht eine Strategie. Ein Vorschlag.

von Jobst Wagner

Trotz Steuerstreit, umstrittenen Bankenpraktiken, festgenommenem Filmregisseur und anderen Reibereien – das Image der Schweiz ist im Ausland intakt, bei den Bürgern noch mehr als bei den Regierungen. Die positive Wahrnehmung, die die Schweizer noch vor wenigen Jahren angenehm berührt hätte, lässt sie nun mehrheitlich kalt. Im Inland brodelt es. Es hat sich das unbestimmte, aber unbestechliche Gefühl etabliert, dass die Schweiz, einst Flaggschiff eines demokratischen Rechtsstaats, orientierungslos auf weiter See herumtreibt. Fragen zum mentalen Zustand des Landes beherrschen öffentliche und private Diskussionen. Sie sind für einmal nicht dem helvetischen Hang zur Miesepeterei geschuldet, sondern der Ausdruck des Bemühens, Antworten auf die Frage zu finden: Steht die Schweiz an einem Wendepunkt der jüngeren Geschichte?

I.

Das Gefühl eines Unbehagens im Kleinstaat leitet sich her aus der wahrgenommenen Diskrepanz zwischen erreichten Erfolgspositionen, die sich bewährten helvetischen Traditionen verdanken, und künftigen Herausforderungen, für die eine klare Optik fehlt. Akzentuiert hat sich das Gefühl nicht erst seit der grossen Rezession der Weltwirtschaft 2007 ff., sondern über die letzten zwanzig Jahre, mithin seit dem Fall der Mauer. Die Schweiz als Raum von Mass und Mitte, als Ort der Markt- und Zivilgesellschaft, als Hort der Sicherheit inmitten Europas sah sich mit einer neuen, diffuseren geopolitischen Lage und damit einer Vielzahl neuer, unbekannter politischer und wirtschaftlicher Variablen konfrontiert. Die politische Schweiz reagierte mit Verweigerung und verfiel in eine mentale Stagnation, der die irrige Annahme zugrunde lag, die Schweiz verkörpere für sich die beste aller Welten und ein neues Zeitalter des ewigen Friedens und Wohlstands nach dem Kalten Krieg sei angebrochen. Der Slogan «La Suisse n'existe pas» des Schweizer Pavillons an der Weltausstellung in Sevilla war Sinnbild dieser welt- und geschichtsfernen Schweiz, die sich ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg nicht mehr erklären konnte.

Passend zur Geschichtsferne entwickelte sich eine neue, zynische Form des Individualismus: «Nach mir die Sintflut!» heisst bis heute das neue Credo. Die an sich legitime Befriedigung des eigenen Egos wurde zum alleinseligmachenden Zweck des Denkens

Jobst Wagner

ist Unternehmer. Zusammen mit seinem Bruder Veit Wagner leitet er als Verwaltungsratspräsident die REHAU-Gruppe, ein globales Familienunternehmen mit Sitz in Muri bei Bern, das im Bereich der Polymerverarbeitung tätig ist. Er ist Aktionär und Verwaltungsrat der SMH Verlag AG, die den «Schweizer Monat» herausgibt, und Präsident der Stiftung Kunsthalle Bern.

und Handelns weiter gesellschaftlicher Kreise inklusive Politik – möglichst alles für mich, möglichst nichts für die anderen. Oder noch besser: ich konsumiere, und die anderen sollen gefälligst bezahlen. In Kombination mit einer Amerikanisierung des Lifestyles ging diese Entwicklung zulasten bewährter Verhaltensweisen wie Sparsamkeit, Bescheidenheit, Augenmass, Bürgerengagement, Selbstverantwortung. Der «Pump-Kapitalismus» (Ralf Dahrendorf) wurde auch in der Schweiz zum Mass aller Dinge: Gross musste alles sein und aufgebläht, das Konto ebenso wie das Ego. Was einst als Schlitzohrigkeit und Schlauheit durchgehen mochte, war nun bloss noch Wirtschaften in die eigene Tasche ohne Rücksicht auf Verluste. Das Scheitern der UBS und die gefährliche Schiefelage anderer grosser Banken gehen ebenso auf diese Mentalität zurück wie überrissene Managersaläre und kurzfristiges Quartalsdenken.

Der Finanzsektor gehörte zur Avantgarde des neuen «thinking big» – denken wir nur an die Fusion von Schweizerischer Bankgesellschaft (SBG) und Schweizerischem Bankverein (SBV). Alles Grosse und Gigantische wurde damals, ganz unhelvetisch, von den einheimischen Medien beklatscht. Leute wurden als Finanzgenies gefeiert – und daraufhin gnadenlos demontiert. Ein Schweizer Botschafter, von den Medien zuerst wie ein Popstar angehimelt, wurde aufgrund einer durchsichtigen Medienkampagne von einem Tag auf den anderen abgeschossen. Auch die Medien hatten plötzlich ein grosses Ego bekommen und ihre kritische Zurückhaltung abgelegt; sie zelebrierten Tag für Tag ihre eigene unantastbare Macht. Diese Vergangenheit ist uns heute zu einem fremden Land geworden.

Die letzten Jahre mit Bankenkrise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise und Staatsschuldenkrise haben Fragen aufgeworfen, die sich ihren Weg aus den Tiefenströmungen an die Oberfläche bahnten. Wie lassen sich in einer stark individualisierten Gesellschaft alte



Jobst Wagner, photographiert von Giorgio von Arb.

Der neue BMW 7er

www.bmw.ch



Freude am Fahren



DER NEUE BMW 7er.

JETZT SERIENMÄSSIG MIT xDRIVE,
DEM INTELLIGENTEN ALLRADSYSTEM.

xDrive nicht erhältlich für die limitierten Sondereditionen BMW 7er V12 Edition und BMW ActiveHybrid 7.

Ressourcen wie Vertrauen, Loyalität und Anstand neu mobilisieren? Ist das helvetische Milizprinzip mit dem neuen Wertepluralismus vereinbar? Wie lässt sich das Interesse an Staat und Gemeinschaft vor allem bei jüngeren Menschen wiederbeleben? Wie kommen wir weg vom Anspruchsdenken und hin zu einem echten neuen Bürgerengagement? Ist der Etatismus einem lähmenden Zeitgeist geschuldet oder lassen sich die Kräfte der Individuen mit Blick auf eine funktionierende Zivilgesellschaft neu aktivieren? Was braucht es, um die in einem Gefühl der Ohnmacht wurzelnde Politverdrossenheit in Freude an politischer Partizipation zu verwandeln?

II.

Nun, zehn Jahre nach dem letzten offiziellen Akt der Selbstvergewisserung in Form der selbstverliebten Expo.02, beschäftigt sich dieses Land erstmals ernsthaft mit sich selbst – nicht freiwillig, sondern der Not gehorchend. Die Realität hat die Phantasien der Posthistoire eingeholt, und es stellt sich grundsätzlich die Frage: Ist das Fundament brüchig geworden, dem die Schweiz ihren wirtschaftlichen Erfolg und ihren sozialen Frieden verdankt? Oder nochmals anders gefragt: Welche Werte gelten noch, welche sind unwiederbringlich Vergangenheit?

Dass überhaupt eine Diskussion in Gang kommt, kann zunächst als gutes Zeichen gewertet werden. Dennoch befriedigt der Diskurs nicht. Er ist zu partikular, zu festgefahren in meist parteipolitischen Zwängen oder medialen Seichtheiten, zu sehr auf einzelne Themen wie Finanzplatz, Europäische Union, Steuern und damit verbundene Abkommen, Atomausstieg und Zuwanderung

Ist das Fundament brüchig geworden, dem die Schweiz ihren wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Frieden verdankt?

fixiert. Oft ist er auch rückwärtsgerichtet und zu wenig innovativ geführt – es geht ja nicht darum, die Vergangenheit zu retten, sondern sich für die Zukunft zu rüsten. Natürlich, einiges wird schon bewegt – man kann zumindest die Tatsache, dass die Schweiz sich einen Atomausstieg zutraut, als mutig, mit viel Goodwill auch als visionär bezeichnen. Doch wurde diese wichtige Weichenstellung, wie neue Modellrechnungen zeigen, offensichtlich allzu hastig und unter Ausblendung der finanziellen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen beschlossen. War es also gar nicht mutig, sondern bloss modisch und unüberlegt? Der Atomausstieg wurde verkündet, ohne dass der Bundesrat die stromproduzierende Industrie zuvor angehört oder eingebunden hätte. Die Weichenstellung wurde auf gut Glück von oben verordnet – das ist ein Vorgehen, das der eidgenössischen Tradition zutiefst widerspricht. Die wohl wichtigste strategische Frage, wie autark die Schweiz in der Energieproduktion sein möchte, wurde gar nicht erst thematisiert. Der Entscheid zum Atomausstieg ist in seiner Tendenz beispielhaft. Man versucht, sich der längst fälligen

Grundsatzdiskussion zu entziehen, und eilt lieber, befeuert von der normativen Kraft des Faktischen, hektisch von Einzelgeschäft zu Einzelgeschäft.

III.

Eine solche Grundsatzdiskussion wäre angezeigt. Ein Fundament dafür bestünde bereits, jedenfalls teilweise. Es gibt Analysen anerkannter Institutionen und viel aktuelle Literatur zu Fragen, was die Schweiz ist und sein kann – mit den dazugehörigen Stärke-/Schwächeprofilen. Die politisch zuständigen Instanzen greifen diese jedoch nicht auf, und die Öffentlichkeit, einflussreiche Kreise aus Wirtschaft, Kultur und Bildung eingeschlossen, hat bisher die Überzeugung und Kraft nicht gefunden, strategische Optionen zu klären und Positionen positiv zu beschreiben.

Nach Clausewitz ist Strategie eine «Ökonomie der Kräfte». Unternehmer tendieren dazu, in das Lied der Strategieresistenz der Schweiz einzustimmen. Doch sind es die unternehmerisch denkenden Bürger, die diese Ökonomie der Kräfte beherrschen. Welches also sind diese Positionen? Wo bedarf es konkret strategischer Analyse und Prognose, um einen Denk- und Gestaltungsprozess für die Zukunft der Schweiz in Gang zu setzen? Ich möchte hierzu einen Beitrag leisten. Die wichtigsten Themen sind aus meiner Sicht:

1. *Direkte Demokratie / Föderalismus*
2. *Bildung*
3. *Energie*
4. *Finanzplatz / Bankgeheimnis*
5. *Handel / Globalisierung*
6. *Demographie / Bevölkerungswachstum*
7. *Sicherheit*

Ein Verzicht auf eine ernsthafte Diskussion mit Verpflichtung auf verbindliche Strategien zu diesen sieben Zukunftsthemen wird einschneidende Folgen haben: Einbusse an Wohlstand, lähmende politische Konflikte und gesellschaftliche Verwerfungen. Mir scheint, diese Einsicht sei notgedrungen in breiten Schichten der Bevölkerung mittlerweile gereift. Was es nun braucht, ist ein Gefäss, das diese diffuse Suche auffangen, die Themen sortieren, zusammenfassen und verarbeiten kann; was mithin dringend nottut, ist ein eigentlicher Strategierat, ein «ziviler Generalstab», wie ihn der liberale Staatsrechtsprofessor Max Imboden 1964 in seinem Büchlein «Helvetisches Malaise» forderte. Ein solcher Prozess der Strategiefindung darf jedoch nicht, wie der Atomausstieg, von oben verordnet werden, sondern muss möglichst breit abgestützt sein, geordnet ablaufen und von zivilgesellschaftlichem Engagement getragen sein. Die Schweiz kennt ein Vorbild: die «Studienkommission für strategische Fragen» unter ETH-Professor Karl Schmid, die 1969 nach zwei Jahren harter Arbeit einen innovativen Bericht zur Sicherheitsstrategie des Landes vorlegte, der erstmals eine neue umfassende Sicht auf die Problematik der Landesverteidigung skizzierte, mit konkreten Empfehlungen zu handeln des Bundesrats.

Der ganzheitliche Ansatz ist beizubehalten, das Engagement kann und sollte jedoch diesmal von den Bürgern dieses Landes

ausgehen. Im Idealfall finden sich geachtete Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft zusammen und verpflichten sich auf Eckpunkte für das weitere Vorgehen, die sie der helvetischen Öffentlichkeit im Sinne eines breit abgestützten Prozesses präsentieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der neue Strategierat mit zivilgesellschaftlichen Akteuren besetzt wird, mit Vertretern von Wirtschaft, Kultur, Politik, Bildung/Wissenschaft und Militär. Die Politik darf auf keinen Fall dominieren.

Um alle Landesteile einzubinden, könnte der neue eidgenössische «Strategierat 21» einen Verbund mit ausgewählten Universitäten in Zürich, Basel, Bern, Lausanne, Genf und Lugano eingehen; zudem tut er gut daran, heimische Denkfabriken wie Avenir Suisse und foraus (Forum Aussenpolitik) einzubeziehen. Dieser Verbund wäre prädestiniert, die wissenschaftliche Basis und Methodik zur inhaltlichen Analyse und Themenaufbereitung zu liefern. Er hätte darüber hinaus den erwünschten Nebeneffekt, dass die enorme Bedeutung von Bildung und Wissenschaft, die bereits ein strategisches Aufgabenfeld für sich darstellen, nicht nur verkündet, sondern durch die Praxis gelebt wird.

Zielsetzung muss sein, möglichst schlank und rank zu bleiben und diesen Rat nur aus den Themenverantwortlichen – in meiner Analyse sind es die erwähnten sieben – zuzüglich des Präsidenten zu bilden. Insgesamt würde der Strategierat 21 in meinem Modell aus acht Persönlichkeiten bestehen. Unter der Leitung der Themenverantwortlichen würden spezifische Ausschüsse gebildet, in denen Spezialisten und ausgewählte Interessenvertreter zugezogen werden. Auch hier ist auf die Grösse zu achten – ich plädiere dafür, den Kreis der zugezogenen Personen auf 10 zu beschränken.

Der Strategierat 21 wird befristet eingesetzt – ich schlage vor: auf achtzehn Monate. Wichtiger Bestandteil seiner Arbeit bildet die Setzung klarer und zeitlich überschaubarer Meilensteine nach folgendem Muster:

- Analyse und Auslegeordnung und Zielsetzung pro Thema
- Festlegung eines Vernehmlassungsprozesses pro Thema
- Strategieformulierung auf der Grundlage von Punkt 2 zu jedem Thema. Am Ende stehen konkrete Gestaltungsempfehlungen zuhanden von Bundesrat und Parlament.

IV.

Zum Schluss liefere ich einige persönliche Anregungen zu den sieben Themengebieten, die mir für die Zukunft der Schweiz entscheidend scheinen:

1. *Direkte Demokratie / Föderalismus.* Die Selbstbezeichnung der Schweiz als Eidgenossenschaft steht für «tatsächlich und frei geübte Volkssouveränität und wirksame Regierung, Einheit des Staates und Freiheit der Einzelnen und der Gemeinschaften, aus denen er sich zusammensetzt, Mitverantwortung aller an der Res publica, der gemeinsamen Sache, und freie Zugehörigkeit eines jeden zu seiner eigenen kulturellen oder religiösen Gemeinschaft, die ihn mit andern Völkern verbindet; kurz, das Zusammenhalten des Ganzen in der Vielfalt der Teile» (Herbert Lüthy). Eidgenossenschaft meint Selbstbestimmung, Gemeinschaft, Zusammenhalt,

Wille. Der Schweiz zugrunde liegt ebenso ein individuell-freiheitliches wie ein kollektiv-genossenschaftliches Verständnis von Bürgern und Institutionen. Die beiden antagonistischen Kräfte führten zu einem echten Föderalismus, dessen Urzelle die Gemeindeautonomie darstellt, und zur Selbstbestimmung auf allen Ebenen (direkte Demokratie), garantierten über lange Zeit ein Höchstmass an zivilgesellschaftlichem Engagement, unternehmerischer Initiative, politischer Stabilität und sozialer Kohäsion. Wie zeitgemäss ist der helvetische Föderalismus weiterhin? Erschwert er die Anpassung oder erleichtert er sie? Kaspar Villiger hat sein letztes Buch betitelt mit der Forderung: «Eine Willensnation muss wollen». Die Frage ist heute: Will die Schweiz überhaupt noch? Hat sie noch die Kraft, sich gesellschaftlich und institutionell weiterzuentwickeln? Behindern am Ende die Vielfalt, die Ausgewogenheit und Kompromissbereitschaft des freiheitlich-genossenschaftlichen Systems die Anpassung an neue Gegebenheiten? Und wenn ja, müssten diese Kernelemente entrümpelt werden oder stellen sie einen Zweck an sich des helvetischen *way of life* dar? Ist die Zeit gekommen, vom Milizsystem Abschied zu nehmen und den Bund zulasten der Kantone und Gemeinden zu stärken? Persönlich halte ich den helvetischen Föderalismus für ein kluges System, weil es hohe Mitsprache der Bürger mit wirklichkeitsnahen Entscheidungen und hohen Lerneffekten für alle verbindet. Als Unternehmer stelle ich mir allerdings zugleich die Frage, wie sich das System effizienter gestalten lässt. Das politische Milizsystem ist eine tolle Idee – aber ist es noch zeitgemäss? Wie lässt sich die Konkordanz im Bundesrat neu denken – wäre ein strategisch denkender, unabhängiger Präsident eine Option? Macht eine Neugliederung der Schweiz nach Regionen Sinn – auf Gemeindeebene finden ja bereits Fusionen statt? Müsste die Anzahl Stimmen für Referenden oder Initiativen im digitalen Zeitalter heraufgesetzt werden?

2. *Bildung.* Der wichtigste Rohstoff der Schweiz sind die Gehirne. Ein guter Forschungsstandort ist Basis für einen innovativen Unternehmensstandort. Hervorragend ausgebildete junge Menschen, vom Lehrling bis zum Hochschulabsolventen, bilden die Grundlage einer prosperierenden Schweiz, von der letztlich alle zehren. Forschung, wissenschaftliches Arbeiten und unternehmerische Grundkenntnisse bedürfen erhöhter gesellschaftlicher Wertschätzung, erhalten dafür die nötigen Mittel und positionieren sich aktiv im internationalen Umfeld. Die Schweiz hat den Ehrgeiz, zu einem Ort der Exzellenz in der Bildung zu werden, in der Theorie wie in der Praxis. Braucht es dafür die Konkurrenz durch mehr private Bildungsinstitute? Würde dies tatsächlich zu einer Zweiklassengesellschaft führen, wie deren Gegner reflexartig behaupten? Der Bildungsstandort Schweiz muss jedenfalls darauf abzielen, die besten ausländischen Studenten und Lehrlinge anzuziehen – und umgekehrt: die Schweiz könnte Bildung exportieren, in Form von Ideen, Modulen, Institutionen. Sie tut dies in Ansätzen bereits. Die Präsenz der ETH in Singapur oder die Kooperation im Bereich der dualen Berufsbildung zwischen der Schweiz und Indien sind vielversprechende erste Versuche, die in diese Richtung weisen. Wichtig ist die Durchlässigkeit des Bil-

dungssystem und die klare Fokussierung: Die Berufsbildung ist praxisorientiert und flexibel, die wissenschaftliche Bildung an Universitäten zielt auf Exzellenz in der Forschung.

3. *Energie*. Eine möglichst grosse energetische Autarkie ist für ein kleines, verletzliches Land wie die Schweiz zweifellos sinnvoll. Aber wie weit soll sie gehen, wie viel darf sie kosten? Wie viel Energie liesse sich mit Gebäudesanierungen und Effizienzsteigerungen realistischerweise sparen? Was wäre der volkswirtschaftliche Preis dafür? Und wer soll ihn bezahlen? Die energiepolitische Strategie ist am technisch Machbaren, wirtschaftlich Finanzierbaren und ökologisch Wünschbaren zu orientieren.

4. *Finanzplatz / Bankgeheimnis*. Von einem guten, soliden Bankenplatz profitieren alle, Steuerzahler, Hausbesitzer, Mieter, Unternehmer. Andererseits sollte eine Volkswirtschaft nicht allzu stark abhängig sein von einem einzelnen Sektor. Es braucht eine Finanzwirtschaft, die gut mit der Realwirtschaft zusammenarbeitet. Die Schweiz hat in den letzten drei Jahren das Bankgeheimnis wohl ohne Not, jedenfalls durch ungeschickte Verzögerungstaktik gegenüber dem Ausland selbst abgeschafft. Ein nüchterner Blick nach Luxemburg, Liechtenstein oder Österreich zeigt, dass es auch anders geht, selbstbewusster und smarter. Ganz allgemein bedarf es eines neuen internationalen Swiss Banking auf der Basis echten Vertrauens, mit exzellenter Beratung, massgeschneiderten Lösungen, klarer, nachvollziehbarer Performance, echter Dienstleistungsorientierung, gerade im Private Banking. Darüber hinaus sind neue Geschäfts- und Diversifikationsmodelle nötig, innovative Produkte, beispielsweise mit Fokussierung auf reale Werte. Die Banken müssen sich neu erfinden.

5. *Handel / Globalisierung*. Die Schweiz ist als starker und innovativer Industriestandort auf freien und fairen Welthandel angewiesen. Deshalb ist der Abschluss weiterer Freihandelsabkommen speziell mit Ländern in Asien unerlässlich, dies auch zur Reduktion des Klumpenrisikos und der Abhängigkeit von der EU. Allein, was haben wir zu bieten? Es ist an der Zeit, über die Aufhebung des Schutzes der heimischen Landwirtschaft und anderer protektionistischer Massnahmen nachzudenken. Die Schweiz profitiert von freiem Handel, also sollte sie sich auch wirklich dazu bekennen, nur so ist sie konkurrenzfähig. Dazu zählt auch eine Besinnung auf echte Handels- und Gewerbefreiheit, ein Rückbau der gewachsenen bürokratischen Lasten, eine Reduktion willkürlicher Unternehmenssteuern, eine kluge Behandlung von privatem Venturekapital zur Stimulierung neuer Unternehmensgründungen. Und natürlich kommen hier die Punkte 1 und 3 zum Tragen.

6. *Demographie / Bevölkerungswachstum*. Das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre in der Schweiz beruhte zu einem guten Teil auf der regen Einwanderung aus dem EU-Raum. Die hochausgebildeten Fachkräfte aus Deutschland und anderen EU-Staaten bilden dabei einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Schweiz, insbesondere in den Segmenten Hotellerie, Gesundheitswesen und Ausbildung. Allerdings hat Schengen zu einer Diskriminierung von Einwanderern und Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten geführt – ist das klug? Klar ist: die Schweiz ist aufgrund der sich ab-

zeichnenden Alterspyramide, die zunehmend einer Glocke bzw. einer Zwiebel oder Urne ähnelt, auf Zuwanderung angewiesen. Es ist darauf zu achten, dass die Einwanderung im Innern ebenso dosiert wie kontrolliert erfolgt und die Qualifikation der Einwanderer auf hohem Niveau bleibt. Sollen Einwanderer, die sich länger in der Schweiz aufhalten, auch eine Art Zivildienst leisten und sich für das Gemeinwohl engagieren? Sodann sind infrastrukturelle Bedürfnisse, wie die Zunahme des Verkehrs und der Pendlerströme in den Metropolregionen, zu berücksichtigen. Ganz allgemein stellt sich die Frage, wie eine Schweiz aussehen könnte bzw. müsste, in der 10 Millionen Menschen leben. Siehe auch Punkt 2.

7. *Sicherheit*. Es bedarf einer Sicherheitspolitik, die den tatsächlichen Bedrohungen gerecht wird – Cyberwar, biologische Angriffe, Terrorismus, Kriminalität. Diese wird mehr kosten als heute; dafür steht sie für eine wehrhafte Schweiz nach aussen und für Schutz nach innen. Ist die Milizarmee angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen die richtige Organisationsform? Wenn ja, sollten die unsäglichen Diskussionen über eine

Ganz allgemein stellt sich die Frage, wie eine Schweiz aussehen könnte, in der 10 Millionen Menschen leben.

Reduktion der Grösse und Kosten der Armee endlich aufhören. Wenn nicht, wie müsste dann eine professionelle, einsatzfähige und flexible Armee aussehen – und könnten Schweizer Bürger dann ihre Bürgerpflicht anderweitig erfüllen, indem sie der Gemeinschaft für ein Jahr im Pflegebereich oder in der Landwirtschaft dienen? Die Kriminalitätsbekämpfung hat höchste Priorität. Illegale Einwanderer und Kriminaltouristen werden bereits an der Grenze mit modernsten Mitteln und einem ausreichend dotierten Grenzwachtkorps abgefangen. Im Innern werden die Polizeikräfte gestärkt; es sollte nicht um eine Militarisierung und auch nicht um stärkere Überwachung des Bürgers gehen, sondern um vermehrten Schutz des redlichen Bürgers im Innern und der Schweizer Integrität nach aussen.

V.

Das sind Gedanken eines engagierten Bürgers und Unternehmers. Ich bin überzeugt, dass viele Eidgenossen ähnliche Überlegungen anstellen. Es ist Zeit für einen Strategierat, der dieses Engagement aufnimmt, kanalisiert und in konkrete Strategien ummünzt. Die Zeit von Trägern strategischen Wissens ist Mangelware. Doch bin ich überzeugt, dass diese Wissensträger die Arbeit in einem interdisziplinären Strategierat als gute Investition betrachten. Warum sollten wir als Eidgenossenschaft uns erlauben, dieses Wissen nicht zu nutzen?

Wer mein Anliegen teilt, sich als Experte zur Verfügung stellt oder Anregungen zur Organisation beizusteuern hat, möge mir schreiben, an strategierat21@schweizermonat.ch. Nach der Konzeptphase kommt die Zeit des Handelns. Fortsetzung folgt. ◀